

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erhebt die auf weiteren am Montag, Mittwoch u. Freitag nachmittags 4 Uhr für den folgenden Tag, Preisvertrieb bei Beschaffung monatlich, 24. durch unter. Anstalten getragen in der Stadt monatlich 20, aus dem Lande 24. durch die Zeit. bezogen werden. Mit mit Zustellungsbillets. Alle Postämter und Postboten sowie unter. Anstalten und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Ermittel, Krieg oder sonstiger Verhältnisse hat der Besteller seinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abgabe des Preisvertriebs.



Informationsblatt Nr. 14 für die 6-jährigen Körpergröße oder deren Raum, Namen, die 2-jährige Körpergröße. Bei Überhebung und Jahresbeitrag entsprechender Preisnachlass. Bestellungen im amtlichen Teil nur von Behörden die 2-jährige Körpergröße. Mit Nachweisungs-Abgabe. Die Anzeigenannahme bis vornehmlich 10 Uhr. Für die Möglichkeit der durch Fernruf übermittelten Bestellungen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Abnahmepreis erhöht, wenn der Betrag durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Besitzer und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Pässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

81. Jahrgang. Nr. 263

Sonnabend / Sonntag 16. / 17. Dezember 1922.

Ämtlicher Teil.

Maul- und Klauenseuche ausgebrochen

unter dem Viehbestande des Gutsbesizers Walter Klosske in Limbach Nr. 14. Sperrbezirk: Limbach. Beobachtungsgebiet: Selbigsdorf, Blankenstein, Löggen, Lamperdorf, Birkenhain sowie der Hordereich von Wilsdruff westlich der Bahnlinie. Schatzzone: Die Ortsteile im Umkreis von 16 km. Nr. V L 65 b. Meissen, am 13. Dezember 1922. Die Amtshauptmannschaft.

Der Plan über die Errichtung einer oberirdischen Telegraphenlinie in Blankenstein liegt beim Postamt in Wilsdruff vom 16. Dezember 1922 ab 4 Wochen aus. Dresden-Nr. 6, den 12. Dezember 1922. Telegraphenbauamt 3.

Wegen Reinigung

bleiben die Geschäftsräume des Verwaltungsgebäudes Montag den 18. und Dienstag den 19. Dezember geschlossen. Dringliche Angelegenheiten werden an beiden Tagen vormittags von 11—12 Uhr erledigt. Wilsdruff, am 12. Dezember 1922. Der Stadtrat.

Holzversteigerung auf Höckendorfer, Tharandter und Spechtshausener Forstrevier

Gasthof zum Amtshof in Tharandt, Mittwoch den 20. Dez. 1922, vorm. 9 Uhr Höckendorfer Revier: 85 m. Stämme bis 26 cm und 40 m. Klöße bis 27 cm. Abt. 16, 19 u. 23.

Tharandter Revier: 861 m. u. 11 hte. Stämme bis 29 cm, 970 m. Schleifklöße 8/12 cm, 81 m. u. 2 hte. Klöße 13/30 u. m. cm 580 m. Verb. und 680 m. Reisfängen. Abt. 2, 3, 4, 8, 12, 13, 27, 31, 37, 50 und 111.

Spechtshausener Revier: 223 m. Stämme bis 29 cm, 373 m. Klöße 7/29 cm, 2830 m. Reisfängen. Rahlchlag: Abt. 2 und 35. Durchforstung: Abt. 20, 22, 27 und 31. Einzelhölzer: Abt. 42.

Forstrevierverwaltungen Höckendorf, Tharandt und Spechtshausen. Forstrentamt Tharandt.

Wir bitten höflichst, Anzeigen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Aus dem Wortlaut des Briefes, den Bonar Law an Dr. Cuno richtete, geht hervor, daß die alliierten Minister „mit aufrichtigem Bedauern“ den deutschen Plan „bei der gegenwärtigen Lage“ nicht als befriedigend ansehen können.

* Die Beamtenbezüge für Dezember wurden um rund 44 % gegenüber den Novemberbezügen erhöht.

* Poincaré plant neuerdings die Errichtung einer Zollgrenze um das Industriegebiet an der Ruhr.

* Lord Grey sprach sich im Oberhaus scharf gegen eine Besetzung der Ruhr aus. Auch — Clemenceau äußerte die gleiche Meinung.

* Die Regierung der Vereinigten Staaten ließ mitteilen, daß sie alles mögliche tue, um eine befriedigende Lösung der Schwierigkeiten in Europa zustandezubringen.

Und Amerika...

Von besonderer Seite wird uns geschrieben: „Ich bin nach London gefahren, um mir ein Verbleib annehmen zu lassen.“ erklärte der Berliner amerikanische Gesandte auf die Frage eines englischen Journalisten, warum er gerade zwei Tage vor der Londoner Konferenz sich nach England begeben habe. Ganz „zufällig“ traf mit dem Berliner auch der Pariser amerikanische Gesandte in London ein, und beide konferierten mit ihrem Londoner Kollegen. Ebenso „zufällig“ sprachen kurz vor der Konferenz Hughes, der jetzige, und Tamm, der frühere amerikanische Staatssekretär des Außen, sehr, sehr eindringliche Warnungen gegen die überhöhten französischen Forderungen aus — war doch gerade der Bericht Variac über die französischen Annexionspläne am Rhein und an der Saar bekanntgeworden —, hat vor allem der amerikanische Botschafter in London, Harbo, auf die Notwendigkeit einer friedlichen, einer wirtschaftlichen Lösung des Reparationsproblems hingewiesen. — Amerika wird vielleicht nicht in der Lage sein, die Beschlüsse zu beeinflussen, aber es werde sie vielleicht nicht dulden.“

Man kann es verstehen, wenn nun, nachdem Poincaré diese, wie Harbo sagte, „wichtigste Ministerkonferenz seit Versailles“ zum Scheitern gebracht hat, die Franzosen anfangen, nervös zu werden bei der Frage: Was wird Amerika jetzt tun? Wird es aktiv eingreifen? Das mag ihnen Grund zur Nervosität genug geben. Clemenceau ist bekanntlich nach Amerika gegangen, um den Klingelbeutel für eine Anleihe von Frankreich herumzureichen. Er ist vielfach nicht sehr liebevoll aufgenommen worden und einzelne, nicht gerade einflussreiche Leute wie der Senator und erste Vorsitzende der republikanischen Partei, Borah, hat ziemlich massiv von dem Blut gesprochen, das noch jetzt aus dem Rachen des „Tigers“ triefe. Und Senator Hitchcock, der Vorsitzende des auswärtigen Ausschusses, hat die indirekte Frage an Clemenceau gerichtet, warum denn Frankreich, das siegreiche Frankreich, 80 000 Farbige am Rhein zu stehen habe! Weiniich, sehr peinlich. Aber noch peinlicher ist, daß derselbe Hitchcock im Senat einem Antrag zur Annahme verholten hat, wonach das Staatsdepartement einen Bericht erstatten soll über die Fortschritte, die mit der Ratifizierung der Washingtoner Verträge durch die ausländischen Mächte erzielt worden seien. Weiniich, weil Frankreich die Washingtoner Abklärungskonferenz von 1921 sabotiert, geradezu praktisch wertlos gemacht hat. Also wie Paulus über die Kreter kann man über das Renommee der französischen Politik in Amerika nur sagen: ihr Ruf ist nicht fein.

Es ist vielleicht zuviel gesagt, wenn man behaupten wollte, Amerika stünde unmittelbar vor einem aktiven Eingreifen in die europäischen Strömungen und Wirrungen; aber es geht etwas vor. Vor ein Monaten noch fand man in einer amerikanischen Zeitschrift eine Illustration: Im Vordergrund sitzt „Oxley Cox“, gemäßlich die Hauptfigur räumend, und zieht mit dem Daumen über die Schulter

auf ein Haus im Hintergrund, wo gerade eine recht solide Kauferei im Gange ist, die Konferenz von Genoa. Unterschrift: „Und da soll ich mich hineinmischen?“ Jetzt drängen sich die Meinungen über ein demnächstiges aktives Vorgehen Amerikas in die europäische Kauferei hinein, und wenn es mit dem großen finanziellen Knäuel, genannt interalliierte Schulden an die Vereinigten Staaten, den Hauptknotenpunkt zur Ruhe winkt, so mag man daran denken, daß heutzutage Kriege nicht unbedingt mit scharfen Waffen, mit Stahl und Gas, ausgefochten zu werden brauchen. Es genügen auch wirtschaftliche Waffen. Es geht etwas vor.“ Am 27. Dezember reist eine englische Kommission nach Washington, um die Regelung der englisch-amerikanischen Schulden zu besprechen. England ist der größte Kriegsgewinnler, und man hat in der Union — vorläufig! — noch keine große Lust, dem Konkurrenten, der auch durch den Transport zur See während des Krieges enorm verdient hat, übermäßig entgegenzukommen. Aber alle diese Meinungen zeigen, daß man in Amerika sich längst nicht mehr so schroff ablehnend verhält wie noch vor fünf Monaten zur Zeit der Balfournote. Jedenfalls bis zum 15. Januar ist man längst einig, vielleicht — gegen Poincaré.

„Es geht etwas vor“ und man versteht die französische Nervosität. In Paris spricht man sogar schon von Abmachungen zwischen England — Amerika einerseits und Deutschland andererseits. Mac Cormik, der frühere amerikanische Staatssekretär, habe mit dem deutschen Reichskanzler Dr. Cuno über einen Finanzplan verhandelt, wonach Deutschland „nur“ 40 Milliarden Goldmark Reparationsschulden zu zahlen haben, wogegen Amerika die kontinental-europäischen Schulden erlassen, die englischen reduzieren würde. Aber Frankreich muß dafür gleichzeitig das Rheinland räumen. Nun ist erwähnenswert, daß Mac Cormik jetzt eine große Rolle im Harriman-Konzern spielt, der bekanntlich mit der Hamburg-Amerika-Linie eng verknüpft ist! Demns nicht wahr ist, ist's wenigstens gut erfunden, dieses Gerücht.

Dr. Cuno hat bei seiner Antrittsrede als Reichskanzler gesagt: „Ich freue mich, daß ich meine amerikanischen Beziehungen in den Dienst des Deutschen Reiches stellen kann.“ Vielleicht wird dieser fast unbeachtete gebliebene Satz für Deutschland noch von großer Wichtigkeit werden. B.

Diplomatische Schritte bis zum 2. Januar.

„Times“ melden aus Washington: Das Weiße Haus ließ mitteilen, daß die amerikanische Regierung alles Mögliche tue, um eine befriedigende Lösung der Schwierigkeiten in Europa zustandezubringen. Präsident Harding wünschte darauf hinzuweisen, daß seine Regierung sich nicht unnützig verhalte. Er habe weiter mitgeteilt, daß vor dem 2. Januar nächsten Jahres die nötigen diplomatischen Schritte getan sein würden, um die englische, französische und die anderen beteiligten Regierungen über die Haltung Amerikas zu verständigen.

Liedesgaben für Deutschland.

Der Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Berlin, der bereits mehrfach durch Besuch von deutschen Wohlhabenden, insbesondere auch der Kinderheime, ein lebhaftes persönliches Interesse für das amerikanische Hilfswerk für Deutschland bekundet hat, richtete an den Deutschen Zentralausschuß für die Auslandshilfe in Berlin anläßlich der Eröffnung einer neuen Sammlung ein Schreiben, in dem er dem Liebeswert alle Förderung jagt und hinzufügt, daß die Not in Deutschland sehr groß ist und daß sie mit dem Fortschreiten des Winters immer mehr anwachsen wird. Diese Tatsache sei ganz augenscheinlich. — Dem Reichspräsidenten über sind wiederum zwölftausend Dollar zur Linderung der deutschen Not aus der Reichsmachtssammlung der New Yorker Staatsregierung“ und der von ihr herausgegebenen Blätter überwiesen worden. Die New Yorker Sammlung hat bisher vierundzwanzigtausend Dollar für Deutschland gesammelt.

Industrie und Regierung.

Eine Erklärung Dr. Sorges.

In den letzten Tagen ist eine Debatte darüber entstanden, ob die Industrie sich geteigert habe, den deutschen Reparationsvorschlag in London zu unterstützen. Dazu gab jetzt im Reichswirtschaftsrat der Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Dr. Ing. Sorges, eine Erklärung ab, um festzustellen, was diesen Gerüchten an Tatsachen zugrunde liegt. Er sagte u. a.: Eine Unterhaltung zwischen dem Reichskanzler und mir hat gelegentlich der ersten Plenarsitzung des Reichswirtschaftsrats stattgefunden. Dabei sagte ich, daß der Reichsverband es für seine Pflicht halte, die Regierung in der jetzigen schwierigen Lage Deutschlands zu unterstützen. Die Industrie sei auch bereit, an jeder Lösung, die eine dauernde Gesundung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands verspricht, mitzuwirken.

Kein Mangel an Brot zu befürchten.

Erklärungen des Reichsernährungsministers. Im Haushaltsausschuß des Reichstages befragte Reichsernährungsminister Dr. Luther den Antrag, die Beihilfe für die Kindererpehung um 750 Millionen Mark zu erhöhen. Auf Anfrage eines Abgeordneten stellte der Minister fest, daß bei Anspannung aller Kräfte ein Brotmangel im laufenden Winter nicht zu erwarten sei. Ein Drittel der Umlage sei abgeliefert. Abgeordneter Schmidt-Röbenig (Soz.) verlangte Auskunft über angebliche Viehverchiebungen nach dem Ausland. Von Seiten der Regierung wurde erwidert, daß irgendeine tatsächliche Feststellung einer Viehverchiebung nach dem Ausland sich nicht ergeben habe. Ein Antrag, einen höheren Beitrag, und zwar 1 750 000 Mark über den jetzigen Etat von 250 000 Mark hinaus, zur Unterstützung der Zentralstelle zur Erforschung der landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse einzusetzen, wurde vom Ausschuß angenommen.

Eine Zollschranke am Rhein?

Neue Pläne Poincarés.

Die rätselhafteste Äußerung Poincarés, daß trotz der Ergebnisse der Londoner Besprechungen Frankreich jetzt keine militärischen Maßnahmen von Deutschland beabsichtige, findet ihre wenig erfreuliche Aufklärung dadurch, daß die Franzosen eben andere Pläne haben, und zwar solche wirtschaftlicher Natur. Man erörtert in Paris eine neue Methode, um von Deutschland Zahlungen zu erhalten, man plant, daß im Ruhrgebiet eine Zollschranke von den Ruhrdämen bis zum Rhein und zum Rhein—Hervelanal gezogen werde, um auf diese Weise auch auf die deutschen Industriemagnaten einen Druck auszuüben. Dies würde eine Veränderung im besetzten Gebiet hervorrufen, wodurch man eine starke

Kontrolle über das Ruhrgebiet

mit seinen industriellen Unternehmungen über könnte. Die Zollschranke am Rhein solle errichtet werden, weil dadurch die großen Unternehmungen an der Ruhr von den Mittelpunkten für die Einfuhr ihrer Rohmaterialien und von zwei Dritteln ihrer Absatzmärkte abgeschnitten seien. Dieser Plan scheint jetzt in Paris im Vordergrund der Erwägungen zu stehen. Jedenfalls gibt es als sicher, daß ein militärisches Vorgehen im Ruhrgebiet jetzt nicht in Aussicht genommen ist, und zwar mit der sonderbaren Begründung, daß es dafür zu spät sei. Auch Clemenceau, der sich gegenwärtig wieder auf der Heimreise von Amerika nach Frankreich befindet, hat sich, ebenso wie ein bekannter französischer General, in diesem Sinne ausgesprochen.